KOBLENZ VERBINDET.

Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0042/2024

Vorlage: **ST/0060/2024**		Datum: 10.04.2024
Verfasser:	Dezernat 4	Az.: FB IV

Betreff:

Antrag der FDP-Fraktion: Einwirkung der Stadt Koblenz auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und Angebot der Stadt Koblenz auf Zusammenarbeit bei der Vermietung von Wohnungen

Gremienweg:

18.04.2024	Stadtrat		☐	einstimmig	☐	mehrheitl.	☐	ohne BE
			☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
			☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
	TOP	öffentlich	☐	Enthaltungen	☐	Gegenstimmen		

Stellungnahme:
Der Antragsteller beantragt, dass sich die Verwaltung mit der BimA ins Benehmen setzen soll, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit bei der Vermietung von leerstehenden Bundeswohnungen zu besprechen.
Rat und Verwaltung ist bekannt, dass der Bund selbst dringend nach Wohnraum für eigene Mitarbeiter sucht. Deshalb gibt es ja auch die Absicht der BimA im Bereich der Äppelwies auf der Pfaffendorfer Höhe - nach Aufstellung eines Bebauungsplans - zu bauen. Insoweit müsste man davon ausgehen können, das die BimA alles unternimmt, um die leerstehenden Wohnung schnellstens zu sanieren und zu vermieten.
Selbstverständlich ist die Stadt grundsätzlich daran interessiert – sowie auch im Zuge der Flüchtlingswelle 2015 – von der BimA Wohnungen zu übernehmen. Damals waren leerstehende Wohnungen der Stadt überlassen worden, die vom ZGM renoviert wurden und vom Ordnungsamt an vorwiegend Flüchtlingsfamilien vergeben werden konnten.
Die Verwaltung wird deshalb mit der BimA entsprechende Gespräche führen.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Beschlussempfehlung:
Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, entsprechende Gespräche mit der BimA zu führen und über das Ergebnis in den Gremien zu berichten.